

Redebeitrag
SGR am 12.07.2019 Hof Oelkers
TOP 9 Erweiterung Feuerwehrgerätehaus Halvesbostel

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,

dass der kürzlich verabschiedete Haushalt 2019/20 der Samtgemeinde mit heißer Nadel gestrickt ist, das weiß jeder von uns. Der Bund und das Land beschließen Wohltaten, die die Kommunen überwiegend zu tragen haben. Nicht nur Kommunalverbände beklagen das.

Nun erfahren wir, dass die Kosten wieder einmal im Bereich des Brandschutzes durch die Decke gehen. Die Finanzierung des Projektes Feuerwehrgerätehaus Halvesbostel kann nur durch weitere Darlehen vorgenommen werden. Diesen Spielraum haben wir aktuell noch – ich sage noch!

In der mittelfristigen Planung steht der Bau eines neuen Samtgemeinderathauses an, das nicht nur als Papiermodell realisiert werden soll. Kinderbetreuung, Freiwillige Feuerwehren, Straßenbau und das Freibad lechzen nach Investitionen. Ohne Moos nichts los!

Aber: Woher nehmen und nicht stehlen?

Erste Möglichkeit – radikale Sparpolitik. Wir verzichten zurzeit auf den Ausbau des Feuerwehrgerätehauses und andere notwendige Investitionen.

Das möchten wir Grünen jedoch nicht. Uns Grünen liegt auch die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger und die Wertschätzung der Mitglieder in den Freiwilligen Feuerwehren am Herzen. Aber: Man darf schon mal hinterfragen, wie die neuen Normen für den Brandschutz, für Fahrzeuge, Maschinen, Kleidung, Feuerwehrhäuser bestimmt werden und welche Lobby da Einfluss nimmt und man diese Vorschriften immer eng folgen muss.

Eine zweite Möglichkeit ist das Modell Appel: Die wohlhabende Mitgliedsgemeinde gewährte ein kostengünstiges Darlehen – vor drei Jahren 700.000 €.

Solch ein Finanzierungsmodell finden wir Grünen nicht in Ordnung. Ist die Samtgemeinde doch nur auf den guten Willen der Mitgliedsgemeinde angewiesen.

Der Samtgemeindebürgermeister muss Betteln gehen. Halvesbostel wird wohl auch nicht in der Lage sein, solch einen Betrag zu stemmen.

Die dritte Möglichkeit besteht in einer kreativen Beteiligung der Mitgliedsgemeinden an den Aufwendungen für Krippe und Kita. Unser Kämmerer bot im letzten Jahr vier interessante Rechenbeispiele an, die leider nicht weiter diskutiert und verfolgt wurden.

Und die vierte Möglichkeit besteht in einer Erhöhung der Samtgemeindeumlage. 1 % mehr bedeutet laut unserem Kämmerer ca. 114.000 € mehr für die Samtgemeinde.

Ich weiß, dass die Bürgermeister der Mitgliedsgemeinden nun aufschreien, dass bei einer Erhöhung der Samtgemeindeumlage die Gemeinden ihre Hebesätze für die Gewerbesteuer und für die Grundsteuer A und B nachfolgend erhöhen müssten. Ja – das ist wohl so.

Beim Stichwort Grundsteuer möchte ich an dieser Stelle darauf hinweisen, dass die Mitgliedsgemeinden in den nächsten Monaten zeitnah eine Regelung treffen müssen, ansonsten fließen aus dieser Besteuerung ab 01.01.2020 keine Mittel mehr. Das wäre der finanzpolitische SuperGAU – sowohl für die jeweilige Mitgliedsgemeinde als auch für die Samtgemeinde.

Zurück: Wenn wir die Einnahmenseite der Samtgemeinde stärken wollen, um nämlich eine attraktive, moderne und bürgernahe Samtgemeinde zu gestalten, dann kommen wir um eine Erhöhung der Samtgemeindeumlage kaum herum. Da sollten auch die besonderen Befindlichkeiten in den Mitgliedsgemeinden zugunsten des Großen und Ganzen etwas zurückgestellt werden.

In Halvesbostel will man neben einer ausufernden Kostenentwicklung für das Feuerwehrgerätehaus zusätzlich einen bis dato gut funktionierenden und bisher immer sehr geschätzten Spielkreis abschaffen und sich von der Samtgemeinde eine neue Kita bauen lassen, weil das Gebäude ja schon 25 Jahre alt ist, die Tapeten sowie Farben nicht mehr schön sind und man einfach eine Kita will. Punkt.

Herr Ravens – wie soll das funktionieren?

Sehr geehrte Damen und Herren der Mehrheitsgruppe, Sie sollten den Bürgerinnen und Bürgern schnellsten reinen Wein einschenken. Ein Herumwurschteln und Aussitzen der Investitions- und Finanzprobleme darf es nicht mehr geben. Die

Bürgerinnen und Bürger sind bestimmt bereit, etwas mehr zu zahlen, wenn man die notwendigen Aufgaben und Leistungen offen kommuniziert.

Meine Grünen-Fraktion wird der überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 250.000 € zähneknirschend zustimmen.